

Wahlprüfsteine Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung

Antworten der Partei der Humanisten Berlin

KLIMAFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Berlins Stadtentwicklung steht auch aufgrund des jüngst gefassten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Nachbesserung im Klimaschutz vor großen Herausforderungen. Planung und Vollzug müssen so angepasst werden, dass sie ihren definierten Beitrag zum Erreichen des Klimaziels leisten.

1. Welche Lehren ziehen Sie für die Berliner Stadtentwicklungspolitik aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts?

Antwort Die Humanisten:

Bei der Stadtplanung müssen soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist zudem abzuwägen, welche Vor- und Nachteile sich aus bestimmten Vorhaben für die nachfolgenden Generationen ergeben könnten. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur sowie des ÖPNV-Netzes ein.

2. Sehen Sie die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in Berlin als einen Schwerpunkt Ihrer politischen Tätigkeit in der nächsten Legislaturperiode an?

Antwort Die Humanisten:

Der Klimawandel ist aus unserer Sicht eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Wir stehen für eine konsequente Klimaschutzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, andernfalls drohen verheerende Folgen für Mensch und Umwelt. Wichtige Ziele unseres politischen Handelns in Berlin wären somit das Verlangsamen des menschengemachten Klimawandels sowie die Kompensation seiner negativen Auswirkungen.

3. Falls ja: Welche Vorhaben planen Sie?

Antwort Die Humanisten:

Es muss an vielen Hebeln angesetzt werden. Wir müssen etwa Möglichkeiten finden, den Mobilitätssektor CO₂-neutral zu gestalten. Darüber hinaus muss der Umstieg auf eine klimaneutrale Energieversorgung konsequent und schnell umgesetzt werden. Die Energiegewinnung durch Kohle muss bis spätestens 2030 beendet werden. Zudem muss der Transport von CO₂-neutraler Fernwärme durch eine bessere Abwärme-Einspeisung und einen stärkeren Ausbau des Fernwärmenetzes zukunftsorientiert verbessert werden. Darüber hinaus müssen Bauvorschriften geschaffen bzw. reformiert werden, um durch die Nutzung natürlicher und nachhaltiger Baustoffe die Bauwerke der Zukunft effizienter und CO₂-neutraler entwickeln zu können.

VERSORGUNG MIT GRÜNINFRASTRUKTUR

In Zeiten des Klimawandels ist eine umfangreiche wohnungsnahe Grünversorgung für alle StadtbewohnerInnen unersetzlich (Klimafolgenmonitoring Berlin, Sachstandsbericht 2016, S. 25).

In den vergangenen Jahren wurde die erforderliche Versorgung mit Grüninfrastruktur jedoch stiefkindlich behandelt, während Neubauzahlen stark im Fokus der Berliner Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit standen. Auch in Bereichen mit festgestellter Unterversorgung an wohnungsnahen Grünflächen wird durch eine überwiegende Genehmigungspraxis nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) - einfaches Baugenehmigungsverfahren - unkontrollierte Nachverdichtung bewilligt, ohne dass parallel die erforderliche Grünentwicklung geschieht.

Die Grünplanung darf nicht länger der Bauplanung untergeordnet bleiben.

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und eine verbesserte Pflege von Grünflächen einsetzen? Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

Antwort Die Humanisten:

Ja. Grünflächen müssen im Hinblick auf den Klimawandel erhalten bleiben. Nichtsdestotrotz sollte Wohnungsneubau weiterhin im Fokus der Berliner Politik stehen, um die Ursachen des Wohnraummangels zu beseitigen. Hier gilt es den Konflikt zwischen beiden Zielen so weit wie möglich aufzulösen, etwa durch Dach- und Fassadenbegrünung oder die Erschließung neuer Quartiere. Auch Kleingärten verbessern das Stadtklima sowie die Luftqualität und bieten Lebensraum für Insekten und andere Tiere. Berlin verfügt aber über zahlreiche ungenutzte Brachen, welche vorrangig zur Bebauung mit Wohnungen genutzt werden sollen. Berlin mit seinen zahlreichen Grünflächen muss in dieser Form auch zukünftig erhalten bleiben.

2. Verfolgt Ihre Partei das Ziel, die Versorgung mit wohnungsnahem Grün in Berlin - auch quantitativ - zu verbessern? Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Unterversorgung entgegenzuwirken?

Antwort Die Humanisten:

Wir unterstützen die Verbesserung der Versorgung mit wohnungsnahem Grün - z.B. durch eine Förderung von Gemeinschaftsgärten oder dem Anlegen von Bienenwiesen auf bisher ungenutzten Brachflächen oder durch Dach- und Fassadenbegrünung. Wir befürworten außerdem das Anlegen von Beeten auf Dächern.

3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass je Verwaltungsbezirk analog zu sogenannten Schulentwicklungsplänen auch „Grünversorgungsentwicklungspläne“ eingeführt werden?

Antwort Die Humanisten:

Ja, wir werden uns für die Einführung von „Grünversorgungsentwicklungsplänen“ je Verwaltungsbezirk einsetzen.

4. Wie kann ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den erforderlichen Grün- und Bauflächen sichergestellt werden?

Antwort Die Humanisten:

Um möglichst wenig neue Flächen versiegeln zu müssen, sollten Aufstockungen vorhandener Wohngebäude vorgenommen werden. Dazu müssen auch Einschränkungen wie die Traufhöhe offen reflektiert und gegebenenfalls angepasst werden.

5. Wie stehen Sie zur Realisierung von Bauvorhaben in Planungsgebieten mit quantitativer Unterversorgung an (öffentlichen) Grünflächen? Sollten Bauvorhaben in solchen Gebieten reglementiert oder untersagt werden können? Welche (gesetzgeberischen) Lösungsansätze sehen Sie in Berlin und werden Sie sich dafür einsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

BAUMSCHUTZ

Die Berliner Bäume sind zunehmend in Gefahr. Sie leiden unter schlechten Standortbedingungen und der anhaltenden Trockenheit. Bei Bauvorhaben haben die Naturschutzbehörden kaum Möglichkeiten, sich für den Erhalt wertvoller Bäume einzusetzen. Nur unwesentlich störende Bäume können überhaupt geschützt werden, alle anderen Fällungen müssen genehmigt werden. In der Folge nimmt der Baumbestand in der Stadt seit Jahren ab, womit zugleich die Zerstörung des Lebensraums für Insekten, Vögel und andere Tiere voranschreitet.

1. Wird Ihre Partei sich in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und für eine verbesserte Pflege der Berliner Stadtbäume einsetzen? Falls ja: Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

Antwort Die Humanisten:

Wir wollen die Artenvielfalt des Stadtgrüns diversifizieren und auch verstärkt Baumarten einsetzen, die gegenüber Trockenphasen robuster sind. Gleichzeitig müssen aber auch die Kapazitäten für die Pflege der städtischen Bäume aufgestockt und ggf. durch ehrenamtliche Helfer ergänzt werden.

2. Wie stehen Sie zu einer Reform der Berliner Baumschutzverordnung (BaumSchVO) dahingehend dass

- a) die Ausnahmetatbestände (§ 5 BaumSchVO) zugunsten des Baumschutzes auf ein Minimum eingeschränkt werden - insbesondere bei Bautätigkeit oder geplanter Versiegelung von Grundstücksflächen?
- b) eine Verpflichtung für Eigentümer und Nutzungsberechtigte aufgenommen wird zur weitestmöglichen Anpassung geplanter Bauvorhaben mit dem Ziel des Erhalts bestehenden Baumbestands?
- c) die Fällung von Bäumen nur noch als "letztes Mittel" genehmigt werden darf?
- d) bei Fällungen die Ersatzpflanzung als Regelfall des ökologischen Ausgleichs definiert wird und die Zahlung einer Ausgleichsabgabe nur noch im begründeten Ausnahmefall möglich ist? (Bislang handelt es sich nach § 6 Abs. 1 BaumSchVO Berlin um zwei gleichwertige Alternativen, zwischen denen der Antragssteller einer Baumfällung wählen darf.)
- e) Ersatzpflanzungen baufeldnah (Umkreis von 500 m) erfolgen müssen?

f) die Möglichkeiten von Ersatzpflanzungen auf öffentlichen Flächen zusätzlich gestärkt werden?

g) im Rahmen von Ersatzpflanzungen stets mindestens dieselbe Zahl von Bäumen nachzupflanzen ist, wie gefällt wurde?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

3. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass bei Bauvorhaben von Beginn an (im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 34 BauGB genauso wie bei Aufstellung von B-Plänen) die notwendigen Baumaßnahmen-Nebenflächen (Fahrwege, Aufstellung von Bauinfrastruktur) unter Gesichtspunkten des Baum- und Naturschutzes berücksichtigt werden müssen? Falls ja: Werden Sie sich für eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung daraus resultierender Naturschäden einsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass notwendige Nebenflächen unter Gesichtspunkten des Baum- und Naturschutzes berücksichtigt werden und uns für eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung von Naturschäden stark machen.

4. Für die Realisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Berlin muss die Rolle der für den Natur-, Baum- und Klimaschutz zuständigen Gremien und Fachämter gegenüber den Baubehörden gestärkt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

Das Bauwesen verursacht lt. Umweltbundesamt mit rund 215 Mio. t jährlich den größten Abfallstrom in Deutschland und verantwortet mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens. Nur 7 % dieses Abfalls werden in Gebäuden recycelt. Der Rest wird im Straßenbau als Schotter verwendet oder deponiert, was jährlich ca. 100 Mio. km Lkw-Fahrten verursacht. Selbst scheinbar unendliche Ressourcen wie Sand (am Meer) werden bereits so knapp, dass sie zunehmend durch kriminelle Strukturen illegal abgebaut werden. Für eine Branche mit ca. 870.000 Beschäftigten, die ca. 5,6 % zum BIP beiträgt, sind das beschämende Fakten (Angaben aus DBT Drs.19/23152).

Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat auf Vorlage von Klimaschutzsenatorin Regine Günther als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt. Berlin verfolgt eine Zero-waste-Strategie und fordert in der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) eine Lebenszyklusbetrachtung. Dennoch werden auch in Berlin unverändert zahlreiche Bauten abgerissen, die oftmals nur wenige Jahrzehnte alt sind. Aktuell soll z.B. nach dem Willen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin das erst 1987 errichtete Cantine-Stadion abgerissen werden. An der Stelle eines bestehenden Stadions mit 20.000 Sitzplätzen soll ein Stadion-Neubau mit ebenfalls 20.000 Sitzplätzen errichtet werden.

Ein zukunftsweisendes Gegenbeispiel stellt die diesjährige Vergabe des international renommierten Pritzker-Preises an das französische Architekturbüro Lacaton Vassal dar. Dieses Büro ist v.a. für seine minimal-invasiven, bestandserhaltenden Um- und Weiterbauten weltbekannt. Diese Auszeichnung zeigt einen deutlichen Paradigmenwechsel auf, wie er auch im Manifest „Das Haus der Erde“ des Bundes Deutscher Architekten zum Ausdruck kommt.

1. Wie beurteilen Sie ein Vorhaben, bei dem ein Neubau gleicher Kapazität und Funktion einen noch jungen Bestandsbau ersetzen soll, aus dem alleinigen Grund von gestiegenen Anforderungen des Deutschen Fußball-Bundes an Profistadien?

Antwort Die Humanisten:

Plänen eines Stadion-Neubaus für den Hertha BSC stehen wir skeptisch gegenüber. Es sollte kritisch bewertet werden, ob dieser Neubau tatsächlich notwendig ist und welche nachhaltigeren Lösungen ggf. gefunden werden können.

2. Sehen Sie die Notwendigkeit stärkerer Ressourcenschonung im Berliner Bauwesen? Falls ja, mit welchen Instrumenten wollen Sie diese umsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Natürliche Baumaterialien zählen zu den bereits am längsten verwendeten Baustoffen überhaupt. Obwohl sie mittlerweile durch Beton und Stahl aus den Innenstädten moderner Städte größtenteils verdrängt wurden, erlebt bspw. Holz durch neue Technologien derzeit eine Renaissance. Natürliche und nachhaltige Werkstoffe gilt es bevorzugt zu betrachten, wenn dies konstruktiv möglich ist, damit die Bauwerke der Zukunft effizienter und CO₂-neutraler entwickelt werden können. Hier kann vor allem die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen und vermehrt auf derartige Baustoffe bei ihren Projekten setzen, um auch mögliche Bedenken durch transparente Bauverfahren in der Bevölkerung auszuräumen.

3. Wie kann, Ihrer Meinung nach, dem Erhalt bestehender Bausubstanz besser Rechnung getragen werden? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Es muss gewährleistet werden, dass Eigentümer Sorge für die Pflege und den Erhalt der Bausubstanz ihrer Gebäude tragen. Wir setzen uns außerdem für den Einsatz innovativer Technologien zur frühzeitigen Erkennung von Materialermüdung u.ä. Schäden ein.

4. Momentan werden Bedarfsprogramme unabhängig von den vorhandenen Bestandsbauten entwickelt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig zunächst die Potentiale des Um- und Weiterbaus festgestellt und die Bedarfsplanungen daran angepasst werden? Falls ja: Mit welchen Instrumenten wollen Sie das erreichen?

Antwort Die Humanisten:

Ja, für die Beschreibung zielführender Instrumente haben wir allerdings noch keine Positionen erarbeitet.

5. 2014 wurde dem Abgeordnetenhaus von Berlin eine im Auftrag von SenIDS mit Beteiligung von SenSW erstellte Machbarkeitsstudie zum Jahn-Sportpark vorgelegt, in der die Möglichkeiten eines Umbaus nicht einmal geprüft wurden. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ressourcenschonendes Weiterbauen bei künftigen Projekten zwingend als Option geprüft werden muss? Falls ja: Mit welchen Instrumenten?

Antwort Die Humanisten:

Klimaschutz und Ressourcenschonung müssen in der Stadtentwicklung zukünftig stärker berücksichtigt werden. Es ist aus unserer Sicht daher sinnvoll, bei zukünftigen Projekten eine vorherige Prüfung der Machbarkeit eines ressourcenschonenden Um- oder Weiterbaus zu fordern.

6. In der Vergangenheit hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen häufig Aufträge anderer Ressorts im Sinne einer reinen Baudienststelle bearbeitet. Wir sind der Meinung, dass dies zu kurz greift und von einer Senatsverwaltung mehr erwartet werden muss: Als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Behörde bei jedem Projekt grundsätzlich alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung zu betrachten. Diese Expertise kann von den bestellenden Ressorts nicht erwartet werden. Umso wichtiger ist es, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sich dieser Verantwortung bewusst ist und die Aufgabe annimmt.

Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja: Werden Sie sich dafür einsetzen und mit welchen Mitteln?

Antwort Die Humanisten:

Wir teilen diese Auffassung. Als Senatsverwaltung sollte die Behörde nicht nur Aufträge abwickeln, sondern hier eine entsprechende fachliche Expertise und Verantwortung einbringen. Wir möchten Stadtentwicklung proaktiv gestalten.

NACHVERDICHTUNG/MIKROKLIMA

Nahezu alle in Berlin laufenden bzw. geplanten Baumaßnahmen zur Verdichtung von bestehenden Wohnkomplexen und -gebieten gehen einher mit einer massiven Reduzierung von Grün- und Freiflächen und sogar Spielplätzen sowie der Vernichtung von wertvollem altem Baumbestand.

Die Anzahl der tropischen Nächte in Berlin hat sich laut Statistik in den letzten 10 Jahren vervierfacht. Viele ehemals bestehende Luftschnesen laut Klimaatlas Berlin 2015 sind zwischenzeitlich durch Neubauten schon zerstört bzw. werden zerstört. Nachverdichtungsvorhaben wirken sich negativ auf das Mikroklima vor Ort sowie auf das gesamte Klima in Berlin aus und erhöhen die bioklimatischen Belastungen der BewohnerInnen.

Unserer Meinung nach darf Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nach dem unreflektierten Schema "Bauen! Bauen! Bauen!" betrieben werden. Auch in der Wohnungspolitik müssen zukunftsfähige Konzepte wie

beispielsweise die Aktivierung von Leerständen durch Gebäudeumnutzungen (Büros, Fabriken, Shoppingcenter) bei gleichzeitiger Herstellung zusätzlicher Grünanlagen und dem Schutz vorhandener Grünflächen umgesetzt werden.

1. Setzt sich Ihre Partei für eine Abkehr vom Dogma der baulichen Verdichtung im Rahmen der Innenentwicklung ein?

Antwort Die Humanisten:

Wir betrachten Verdichtung nicht als Dogma oder alleiniges Allheilmittel zur Lösung des Wohnungsmangels, aber in bestimmten Situationen als geeignetes Mittel, um dem Wohnungsmangel und damit der Mietenexplosion entgegenzuwirken.

2. Wird sich Ihre Partei gegen die Verdichtung und für den Erhalt von Bäumen, grünen Freiflächen und Spielflächen in bestehenden Wohnquartieren einsetzen? Wenn ja, wie/ mit welchen konkreten Instrumenten?

Antwort Die Humanisten:

Wo möglich sollte eher in die Höhe statt in die Breite gebaut werden, um unnötige Flächenversiegelung zu vermeiden.

GESUNDHEIT

„Städte sind im Vergleich zum Umland oft stärker belastet durch Überwärmung, hohe Konzentration von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie durch Lärm. [...] Der Klimawandel wird diese Belastungen erheblich verstärken. [...] Solche Belastungsfaktoren führen [...] zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und zu erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsraten. [...] Über ihre regulierenden Ökosystemleistungen hilft die Stadtnatur, die geschilderten Belastungen zu reduzieren. So binden Bäume und andere Vegetationselemente Feinstoff und weitere Luftschadstoffe [...] und mindern über Beschattung und Verdunstungskühle die Hitzebelastung.“ (S. 25) „Stadtnatur vermindert nicht nur Umweltbelastungen, sondern begünstigt auch unmittelbar die physische und psychische Gesundheit der Menschen.“ (S. 26) (https://www.ufz.de/export/data/global/190506_TEEB_DE_Broschuere_KF_Bericht3_Stadt_BF.pdf)

Das vergangene Jahr war in Berlin das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Etwa 490 Menschen sind 2020 an den Folgen der großen Hitzewelle in Berlin gestorben. Das geht aus Berechnungen des Robert-Koch-Instituts hervor. „Als Folge des Klimawandels treten in Deutschland seit etwa der Jahrtausendwende Hitzewellen in einer ungewöhnlichen Häufigkeit auf“, schreibt das Institut in seinem Bericht. "Starke und/oder längere Hitzewellen führen dabei regelmäßig zu einer erhöhten Mortalität, besonders in den älteren Altersgruppen."

(https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23_19.pdf?__blob=publicationFile)

Dringender Handlungsbedarf liegt damit auf der Hand. Bereits 2011 arbeitete der Stadtentwicklungsplan Klima die Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels als zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung heraus.

(https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step_klima_broschuere.pdf, S. 24 f.)

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für eine gesundheitsfördernde Klimaresilienz Berlins einsetzen? Wenn ja: Welche Werkzeuge/Maßnahmen werden Sie ergreifen?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

2. Grüne Gemeinschaftsflächen sind Orte der Begegnung von Jung und Alt. Sie wirken der zunehmenden Vereinsamung und Isolation in unserer Gesellschaft entgegen. Sie dienen nicht nur dem Erhalt der psychischen und körperlichen Gesundheit der BürgerInnen, sondern sind auch für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von essentieller Bedeutung. In der Corona-Pandemie ist die Notwendigkeit grüner Sozialflächen noch deutlicher geworden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsflächen geschützt und als solche weiterentwickelt werden? Wenn ja: Wie?

Antwort Die Humanisten:

Gemeinschaftsflächen, wie etwa gemeinschaftlich betriebene Gärten halten wir unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten für unterstützenswert. Diese erhalten nicht nur etwas Natur in der Stadt sondern wirken auch sozialer Vereinsamung entgegen. Vorhandene Projekte sollten geschützt und neue Vorhaben gefördert werden.

3. Wie eingangs beschrieben, verringert sich der Baumbestand Berlins seit Jahren drastisch. Das Fehlen beschatteter Orte geht mit einem deutlich gestiegenen Hautkrebsrisiko einher. Durch die Abnahme schattiger Spielplätze und -flächen wird die ohnehin hoch gefährdete Gruppe der Kinder besonders stark belastet.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Stadtentwicklung dieser gesundheitlichen Gefährdung entgegenwirkt?

Antwort Die Humanisten:

Diese Frage ist in ihrer Komplexität nicht pauschal zu beantworten. Wenn Spielplätze neu gebaut werden, sollte bei der Planung auf ein ansprechendes Beschattungskonzept der Spielplatzeinrichtungen geachtet werden.

4. Spezielle Notfallpläne für Gesundheitsprobleme durch große, langandauernde Hitze wurden unter anderem in Spanien, den Niederlanden und Frankreich aktiviert. In Deutschland sind Notfallpläne zur Versorgung hitzegeschädigter Menschen in Großstädten bisher nicht vorhanden. Die Feuerwehr hat aufgrund dessen im August des letzten Jahres erstmalig den Notstand in Berlin ausgerufen.

Werden Sie sich für berlinweite Hitze-Notfallpläne einsetzen? Wenn ja: Wie können diese aussehen?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Die grundlegende Verbesserung der Beteiligung der BürgerInnen an der Stadtentwicklung ist für die Politik eine große Aufgabe. Es bedarf hier

zusätzlicher landesrechtlicher Regelungen, um die Interessen und den Sachverstand von Planungsbetroffenen in alle relevanten Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen. Beispielsweise muss endlich auch im Baugenehmigungsverfahren eine verbindliche BürgerInnenbeteiligung eingeführt werden. In den Bauplanungsverfahren muss aus der bestehenden Mitwirkung die Mitbestimmung von BürgerInnen werden.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, aus Planungsbetroffenen mitplanende und mitentscheidende BürgerInnen zu machen? Wenn ja: Wie?

Antwort Die Humanisten:

Planungsvorhaben müssen frühzeitig und transparent kommuniziert sowie proaktiv der Dialog mit Betroffenen gesucht werden, um rechtzeitig auf Bedenken eingehen zu können. Analog zur Smart-City-Strategie können Bürger dabei auch in Beteiligungsformate einbezogen werden.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnenbeteiligung für Bauträger keine Empfehlung bleibt, sondern eine verbindliche, zu kontrollierende Verpflichtung wird? Wenn ja: Wie?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

BAURECHT/FLÄCHENPLANUNG

Der Flächennutzungsplan (FNP) 2015, also die vorbereitende Bauleitplanung, der Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP) 2030 und die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) sind die Grundlagen aller Arten des Planens und Genehmigens von Verdichtungen. Die neuen Anforderungen an die Stadtentwicklung, die sich aus Klimawandel und Pandemie ergeben, müssen schnellstmöglich in die einschlägigen Gesetze und Planungsgrundlagen aufgenommen werden. In den Fokus gehören eine weniger verdichtete Bauweise und die Berücksichtigung des gestiegenen Bedarfs an Grün- und Sozialflächen.

1. Wie kann hier die Politik nachhaltige und bedarfsgerechte Änderungen herbeiführen? Wird sich ihre Partei für Änderungen im o. g. Sinne einsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

2. Mit welchen Instrumenten werden Sie zukünftig ein nachhaltiges und klimagerechtes Bauen und Nachverdichten steuern und kontrollieren? Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen des einfachen Baugenehmigungsverfahrens (§ 34 BauGB; unbeplanter Innenbereich)?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

3. Setzen Sie sich die weitere Entsiegelung von Flächen in Berlin zum Ziel? Falls ja: Planen Sie während der nächsten Legislaturperiode ein konkretes Entsiegelungskonzept?

Antwort Die Humanisten:

Ja, wir setzen uns die weitere Entsiegelung von Flächen zum Ziel. Zur konkreten Ausgestaltung haben wir aktuell aber noch keine Positionen erarbeitet.

4. Durch Änderung der Berliner Bauordnung wurden 2006 die Gebäudemindestabstände um ca. 60% gegenüber der vorher gültigen Fassung reduziert. Erst hierdurch sind viele Nachverdichtungsprojekte und Neubaukomplexe überhaupt möglich. Im Angesicht des Klimawandels und der einschränkenden Maßnahmen zur Pandemieeindämmung sind solche engen Gebäudeabstände inakzeptabel. Deshalb fordern wir die politischen Verantwortlichen auf, die vor 2006 in der Bauordnung bestehenden Abstandsregeln erneut in Kraft zu setzen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Würden Sie die Gesetzesinitiative ergreifen?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

5. Wo sieht Ihre Partei im Neubau die räumlichen Schwerpunkte in Berlin – auch im Hinblick auf soziale Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Nahversorgung? Steht Ihre Partei gegen bestimmte Vorhaben?

Antwort Die Humanisten:

Wir setzen uns für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur sowie des ÖPNV-Netzes zur besseren Anbindung der Randgebiete ein. Um Flächenversiegelung möglichst zu vermeiden, sollten vorhandene Gebäude, dort wo dies möglich ist, aufgestockt werden.

6. Im Ostteil Berlins fehlt es aufgrund einer anderen Baurechtssituation in der früheren DDR an verbindlicher Bauleitplanung. Daraus ergibt sich, dass vor allem im Ostteil der Stadt eine massive, Enge erzeugende und Grünflächen zerstörende Verdichtung nach §34 BauGB erfolgt - ohne verpflichtende Berücksichtigung der Infrastruktur und ohne verpflichtende Bürgerbeteiligung. Dies wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausdrücklich unterstützt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die "Wild Ost"-Bebauung nach §34 BauGB ein Ende hat? Wenn ja: wie?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.

SOZIAL GERECHTE STADTENTWICKLUNG

1. Für welche Maßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?

Antwort Die Humanisten:

Kurzfristig setzen wir auf Mieterschutz durch den Mietspiegel, die Mietpreisbremse und Milieuschutz, um die bestehende Bevölkerungsstruktur vor Verdrängungsprozessen im Wohnungsmarkt zu schützen. Mittel- bis langfristig müssen jedoch die eigentlichen Ursachen durch die Errichtung neuen Wohnraumes, der allen Bevölkerungsschichten zugänglich ist, beseitigt werden.

2. In Barcelona gilt eine neue Regelung, um das Problem des Leerstands in der Stadt zu bekämpfen. Die Regelung zwingt Vermieter, ihre leerstehenden Objekte innerhalb eines Monats zu vermieten. Andernfalls gehen sie in den Besitz der Stadt über, die nur die Hälfte des Marktpreises der Immobilien als Entschädigung an die Besitzer zahlt. Hierdurch soll die Wohnungsnot reduziert werden, unter der viele einkommensschwache BewohnerInnen leiden. Wird sich Ihre Partei für diese oder eine ähnliche Maßnahme in Berlin einsetzen, um Wohnungen, die wegen Immobilienspekulation leer stehen, dem Wohnungsmarkt zu günstigen Mieten zur Verfügung zu stellen?

Antwort Die Humanisten:

Städte müssen gezielt daran arbeiten, Wohnungsleerstand zu unterbinden. Dazu müssen kommunale Arbeitsgruppen gebildet werden, welche den Leerstand identifizieren und die Objekte weiterentwickeln können. Enteignungen können stets nur das letzte Mittel sein.

3. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Immobilienspekulation mit Wohngebäuden und Bodenspekulation mit brach liegenden Bauflächen einzudämmen?

Antwort Die Humanisten:

Leerstehende Wohnungen werden teilweise als Spekulationsobjekte genutzt. Darüber hinaus ist es möglich, dass Eigentümer sanierungsbedürftiger Altbauten nicht willens sind, ihre Immobilien herzurichten oder nicht ermittelt werden können. Die Städte können jedoch beispielsweise Arbeitsgemeinschaften bilden, welche die Eigentümer ausfindig machen und Druck auf diese ausüben können, diese Immobilien zum Zwecke der Vermietung zu sanieren oder zu verkaufen

4. Welche anderen Maßnahmen (außer Neubau) für eine sozial gerechte Stadtentwicklung planen Sie?

Antwort Die Humanisten:

Zu dieser konkreten Fragestellung haben wir derzeit noch keine Positionen erarbeitet.